

Trotz weltweiter Konjunkturschwäche verstärkt sich das Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Produktion in Ostdeutschland etwas

Seit einiger Zeit verbreitet sich die Ansicht: Ostdeutschland stehe auf der Kippe. Das schwache Wachstum des Bruttoinlandsprodukts in den letzten Jahren und die Verstetigung der hohen Unterbeschäftigung scheinen dies für die Wirtschaft zu bestätigen. Zwar ruht vor diesem Hintergrund der Aufholprozess seit vier Jahren, der Aufbauprozess hat sich aber fortgesetzt. Im konjunkturellen Spitzenjahr 2000 standen das Verarbeitende Gewerbe nicht, und die Unternehmensdienstleister nur wenig hinter dem Wachstum in Westdeutschland zurück. Die Fortschritte im Aufbauprozess werden jedoch seit Mitte der neunziger Jahre von den anhaltenden Korrekturen im überdimensionierten Baugewerbe und Staatssektor überlagert.

In diesem Jahr wird sich trotz Abkühlung des konjunkturellen Umfeldes das Wachstum der ostdeutschen Wirtschaft im Sog der nachfrageinduzierten Impulse aus der Senkung der Steuertarife verstärken. Dafür sprechen die überdurchschnittlich hohe Orientierung auf die Inlandsmärkte in Deutschland und die verbesserte Wettbewerbsfähigkeit der ostdeutschen Unternehmen. Die Wertschöpfung der Unternehmen wird laut IWH-Prognose um 2,5% zulegen, das Bruttoinlandsprodukt um 1,5%. Infolge der abklingenden Dämpfung vom schrumpfenden Baugewerbe und der wieder stärker anziehenden Auslandsnachfrage wird das Bruttoinlandsprodukt im nächsten Jahr mit zwei Prozent wachsen.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt bleibt angespannt. Die Zahl der Erwerbstätigen ist leicht rückläufig, auf dem ersten Arbeitsmarkt stabilisiert sie sich aber. Die Arbeitslosigkeit erhöht sich dennoch nicht, sondern sinkt sogar, da das Arbeitsangebot vor allem aus demografischen Gründen zurückgeht.

Zur Verstetigung des Wachstums in Ostdeutschland sollten Bund, Länder und Kommunen nicht in ihren Bemühungen nachlassen, in die Infrastruktur zu investieren. Wichtig für die Attraktivität des Standortes bleiben darüber hinaus Lohnsteigerungen in den Unternehmen, die unter dem Produktivitätsanstieg liegen. Der Anstieg der Lebenshaltungskosten infolge der anhaltend hohen Ölpreise und der Tierseuchen sollte im Interesse der Beschäftigungssicherung durch die Tarifparteien hingenommen werden.

Tabelle 1:
Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose des IWH für Ostdeutschland (ohne Berlin)

	2000	2001	2002
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %		
Bruttoinlandsprodukt, real	1,1	1,5	2,0
darunter:			
Verarbeitendes Gewerbe	8,3	6,5	7,0
Baugewerbe	-9,7	-7,5	-4,0
Dienstleistungen o. Staat	3,6	4,0	3,7
	in 1 000 Personen		
Erwerbstätige (Inland) ^a	5 874	5 844	5 855
Unterbeschäftigte ^a	1 739	1 708	1 706
darunter:			
Arbeitslose	1 244	1 240	1 210
Arbeitslosenquote in %	17,2	17,2	16,8

^a Einschließlich der geförderten Personen in Arbeitsbeschaffungs- und Struktur Anpassungsmaßnahmen.

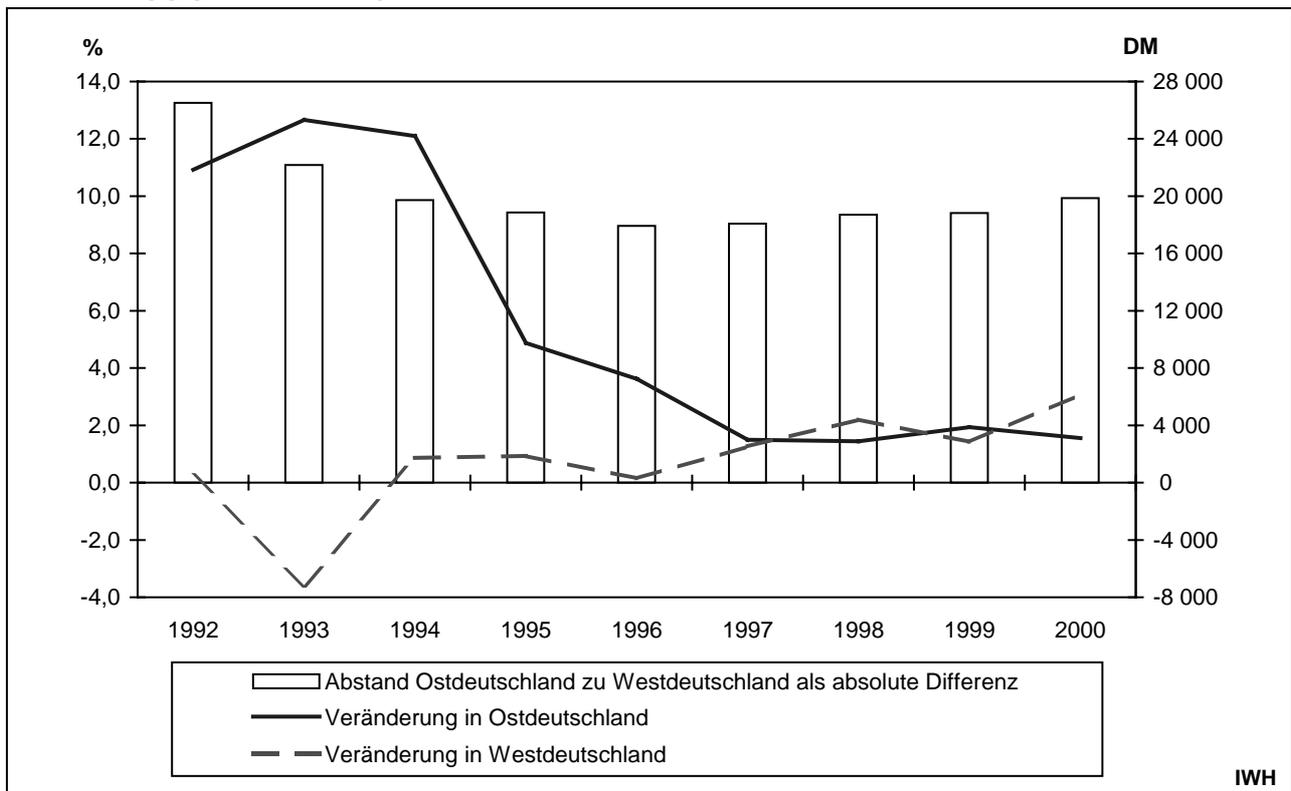
Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder und Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (Stand: März 2001); Prognose des IWH.

Aufbauprozess durch Sonderentwicklungen überlagert

Im vergangenen Jahr ist die gesamtwirtschaftliche Produktion in den neuen Ländern mit mageren 1,1% erneut nur wenig gestiegen. Bei 3,3% Wachstum im Westen Deutschlands und 3,4% im Euroraum vermuten darin viele eine Abkoppelung vom äußerst günstigen konjunkturellen Umfeld im Jahr 2000 und einen Rückschlag im Transformationsprozess der ostdeutschen Wirtschaft. Infolge des schwächeren Wachstums hat sich in der Tat der Rückstand Ostdeutschlands gegenüber Westdeutschland in der Pro-Kopf-Produktion seit 1997 nicht mehr verringert, sondern ist im Jahr 2000 sogar wieder größer geworden.

Bei dieser Gesamtsicht bleibt verborgen, dass sich der Aufbauprozess in einigen ostdeutschen Wirtschaftsbereichen auch im Jahr 2000 mit kräftigen Wachstumsraten fortgesetzt hat. Nicht er prägt jedoch die Höhe des Bruttoinlandsprodukts, sondern die Sonderentwicklungen im Baugewerbe und im Staatssektor haben ihn ein weiteres Jahr überlagert. Klammert man nämlich diese Bereiche aus der Wachstumsanalyse aus, so hat sich die Wertschöpfung ohne das Baugewerbe um 3,4%

Abbildung 1:
 Reales Bruttoinlandsprodukt pro Kopf im Ost-West-Vergleich^a
 - Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % und absolute Differenz in DM -



^a Ostdeutschland und Westdeutschland jeweils ohne Berlin.

Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (Stand: März 2001); Berechnungen des IWH.

und ohne das Baugewerbe und den Staat um 4,5% erhöht.¹ Die Anpassung des überdimensionierten Bausektors an ein langfristig tragfähiges Niveau setzte sich mit einem Verlust an Wertschöpfung von fast 10% fort, und auch im personell überbesetzten Staatssektor verringerte sich die Wertschöpfung infolge des Beschäftigungsabbaus. Auf diese Sektoren mit Sonderentwicklungen entfiel rund ein Drittel der gesamtwirtschaftlichen Produktion.² Allein der Rückgang der Produktion im Baugewerbe ist verantwortlich für einen Wachstumsverlust der Gesamtwirtschaft von knapp zwei Prozentpunkten, einschließlich des Staatssektors sind es sogar fast drei.

Das wirtschaftliche Wachstum in Ostdeutschland war außerhalb der Bereiche mit Sonderentwicklung in allen Jahren des vergangenen Jahr-

zehnts stärker als in Westdeutschland. Im konjunkturellen Spitzenjahr 2000 lagen die westdeutschen Unternehmen allerdings etwa gleichauf. Wegen ihrer hohen Exportorientierung profitierten sie etwas mehr vom weltweiten wirtschaftlichen Aufschwung als die Unternehmen in Ostdeutschland. Die Beschleunigung des Wachstums fiel im Osten schwächer aus.³

Die ostdeutsche Wirtschaft ist gewachsen, weil die Unternehmen die kräftigen Nachfrageimpulse vom konjunkturellen Umfeld aufgenommen und ihre Wettbewerbsfähigkeit verbessert haben. Die Produktivität je Erwerbstätigen hat sich rechnerisch im Durchschnitt aller Unternehmen um 4,2% erhöht, zur Hälfte allerdings durch den Abbau von Beschäftigung. Die Arbeitskosten je abhängig Beschäftigten sind wegen der zurückhaltenden Lohnsteigerungen nur um 1,5% gestiegen, sodass die Lohnstückkosten um 2,6% gefallen und

¹ Diese Angabe markiert eine untere Grenze für die Wachstumsbereiche der Wirtschaft im engeren Sinne, da sie auch die Multiplikatorwirkung der Sonderentwicklungen auf die übrige Wirtschaft enthält.

² Das Ausmaß dieses Segments der Gesamtwirtschaft lässt sich nicht genau beziffern, da der Sektor Staat im ESVG zusammen mit den privaten Dienstleistern erfasst wird.

³ Eine Übersicht zum aktuellen Datenstand der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Ostdeutschland befindet sich im Anhang Tabelle A1.

zuletzt bei 107% des Standes in Westdeutschland angelangt sind.⁴

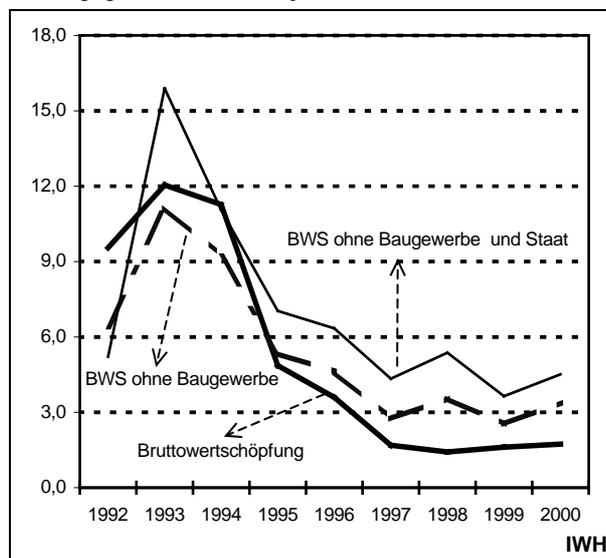
Tabelle 2:
Reale Bruttowertschöpfung in Ostdeutschland (ohne Berlin) nach Wachstumssegmenten - Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % -

Segment	1998	1999	2000
Bruttoinlandsprodukt	1,0	1,4	1,1
<i>Nachrichtlich:</i>			
Westdeutschland (o. Berlin)	2,3	1,6	3,3
Bruttowertschöpfung insg.	1,4	1,6	1,7
Bruttowertschöpfung ohne Baugewerbe	3,5	2,5	3,4
Bruttowertschöpfung ohne Baugewerbe und Staat ^a	5,4	3,6	4,5
<i>Nachrichtlich:</i>			
Westdeutschland (o. Berlin)	3,3	2,6	4,9

^a Staat einschließlich der privaten Dienstleister.

Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (Stand: März 2001); Berechnungen des IWH.

Abbildung 2:
Wachstum der Bruttowertschöpfung in Ostdeutschland (ohne Berlin) - in % gegenüber dem Vorjahr -



Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (Stand: März 2001); Berechnungen des IWH.

⁴ Die Durchschnittsgrößen pro Kopf beziehen sowohl bei der Produktivität als auch bei den Arbeitskosten ungewichtet die geringfügig Beschäftigten ein, deren Arbeitsleistung weit unter der von Normalzeitbeschäftigten liegt. Die Angleichung an Westdeutschland wird dabei etwas überzeichnet, da der Anteil geringfügig Beschäftigter an der Erwerbstätigenzahl dort größer ist. Vgl. BRAUTZSCH, H.-U.: Geringfügige Beschäftigungsverhältnisse: hohe Kopfzahl, geringes Arbeitsvolumen, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 6/2001, S. 154.

Der Beschäftigungsabbau im Bereich der Unternehmen hat die prekäre Lage am Arbeitsmarkt verschärft. Allerdings fand der Arbeitsplatzabbau vor allem im Baugewerbe statt. Ohne ihn war die Beschäftigung in der Gesamtheit der Unternehmen nur um 0,4% rückläufig. Die Arbeitsproduktivität hat sich nach dieser Rechnung um 4,9% erhöht, auch ohne den Beschäftigungsabbau blieb damit der Produktivitätsanstieg mit 4,5% kräftig. Die Lohnstückkosten sind bei leichtem Anstieg des Arbeitnehmerentgelts pro Kopf um 3,2% gesunken.

Tabelle 3:
Produktion, Beschäftigung und Lohnstückkosten in den Unternehmen^a der neuen Länder^b

	1998	1999	2000	
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %		Niveau ABL = 100	
Bruttowertschöpfung ^c	2,1	2,2	2,1	11,8
Beschäftigung	-0,1	-0,3	-2,0	17,8
Produktivität ^d	2,1	2,5	4,2	66,3
Arbeitskosten ^e	0,9	1,0	1,5	71,0
Lohnstückkosten ^f	-1,2	-1,4	-2,6	107,1

^a Unternehmen ohne sonstige private Dienstleister. - ^b Neue und alte Länder jeweils ohne Berlin. - ^c Bruttowertschöpfung in Preisen von 1995. - ^d Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen in Preisen von 1995. - ^e Nominales Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer (Inland). - ^f Nominales Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer (Inland) in Relation zur realen Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen.

Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (Stand: März 2001); Berechnungen des IWH.

Tabelle 4:
Reales Anlagevermögen^a der Unternehmen (ohne Wohnungsvermietung) in Ostdeutschland^b - Zuwachs gegenüber Vorjahr in %; Preise von 1991 -

Jahr	Anlagen insg.	Ausrüstungen	Bauten
1998	5,6	8,2	3,9
1999	4,8	6,9	3,3
2000	4,6	6,5	3,2

^a Angaben laut VGR vor Einführung des ESVG'95. - ^b Neue Länder und Berlin-Ost.

Quellen: Statistisches Bundesamt; ifo Investoren- und Anlagevermögensrechnung; Berechnungen des IWH.

Bei moderatem Wachstum der Wertschöpfung und den nach wie vor bestehenden Wettbewerbsproblemen haben die Unternehmen ihre Produktionsmöglichkeiten ausgeweitet. Das Anlagevermögen im Unternehmensbereich hat sich sowohl bei Ausrüstungen als auch bei gewerblichen Bauten erneut erhöht, obwohl die Investitionen in neue

Bauten deutlich rückläufig waren. Die Investitionen in neue Ausrüstungen und sonstige Anlagen blieben – wenn auch mit geringerem Tempo – aufwärts gerichtet.⁵

Verarbeitendes Gewerbe setzt Wachstumskurs in etwas verhaltenem Tempo fort

Die Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands hat sich im vergangenen Jahr um 8,3% und damit stärker als in Westdeutschland (5,6%) erhöht. Die Wachstumsbeschleunigung gegenüber 1999 belegt, dass auch die Unternehmen aus Ostdeutschland am Exportboom im Jahr 2000 teilgenommen und Fortschritte hinsichtlich Marktfähigkeit und Akzeptanz ihres Güterangebots vor allem im Ausland erzielt haben. Bei nur wenig verringerter Beschäftigung nahm die Produktivität zu, und zwar fast doppelt so schnell wie im Vorjahr. Dies war auch ein wesentlicher Grund dafür, dass die Lohnstückkosten kräftig gesunken sind, was sich positiv auf die Ertragslage auswirkte.⁶ Die Arbeitskosten haben sich nur moderat erhöht.

Tabelle 5:
Produktion, Beschäftigung und Lohnstückkosten im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe^a

	1998	1999	2000	
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %			Niveau ABL = 100
Bruttowertschöpfung ^b	5,5	3,3	8,3	8,0
Beschäftigung	1,1	-1,1	-0,1	12,2
Produktivität ^c	4,4	4,5	8,4	65,4
Arbeitskosten ^d	2,2	1,8	2,6	67,7
Lohnstückkosten ^e	-2,1	-2,6	-5,3	103,6

^a Neue und alte Länder jeweils ohne Berlin. – ^b Bruttowertschöpfung in Preisen von 1995. – ^c Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen in Preisen von 1995. – ^d Nominales Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer (Inland). – ^e Nominales Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer (Inland) in Relation zur realen Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen.

Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (Stand: März 2001); Berechnungen des IWH.

Der Abstand zu Westdeutschland hat sich im Verarbeitenden Gewerbe weiter verringert: Bei der Produktivität wurden zwei Prozentpunkte aufge-

⁵ Vgl. MÜLLER, A.: Verbesserte Produktionsmöglichkeiten bei unveränderten Absatzproblemen – Die Zeit in Ostdeutschland drängt, in: ifo Schnelldienst 3/2001, S. 32.

⁶ Vgl. LUDWIG, U.; LASCHKE, B.: Ostdeutsche Industrieunternehmen gehen mit Optimismus in das Jahr 2001, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 3/2001, S. 60 f.

Tabelle 6:
Inlands- und Auslandsumsatz der ostdeutschen Industrie^a

- Veränderung gegenüber Vorjahr in % -

Gütergruppe	1998	1999	2000	1. Vj. 2001	
				NBL	ABL
Inlandsumsatz	6,3	5,1	9,5	7,8	5,5
Vorleistungsgüter	7,4	5,7	15,0	7,1	8,9
Investitionsgüter	5,8	8,6	1,6	4,6	4,7
Gebrauchsgüter	11,5	3,5	6,7	7,2	-1,2
Verbrauchsgüter	4,2	1,3	7,5	12,0	0,6
Auslandsumsatz	33,9	10,3	29,0	26,3	13,3
Vorleistungsgüter	14,9	11,6	36,8	26,4	11,7
Investitionsgüter	71,4	11,3	23,9	26,3	16,2
Gebrauchsgüter	3,4	4,0	31,1	36,6	8,8
Verbrauchsgüter	5,2	1,4	17,5	22,1	5,8

^a Betriebe von Unternehmen des Bereichs Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden sowie Verarbeitendes Gewerbe mit 20 Beschäftigten und mehr in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Tabelle 7:
Exportquoten der ostdeutschen Industrie^a
- Anteil des Auslands- am Gesamtumsatz in % -

Gütergruppe	1998	1999	2000	1. Vj. 2001	
				NBL	ABL
Vorleistungsgüter	16,3	17,1	19,6	23,0	32,9
Investitionsgüter	30,1	30,6	35,0	38,7	55,5
Gebrauchsgüter	15,3	15,4	18,3	19,3	32,8
Verbrauchsgüter	7,1	7,1	7,7	8,3	20,7
Insgesamt	17,9	18,7	21,3	23,9	38,9

^a Betriebe von Unternehmen des Bereichs Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden sowie Verarbeitendes Gewerbe mit 20 Beschäftigten und mehr in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost.

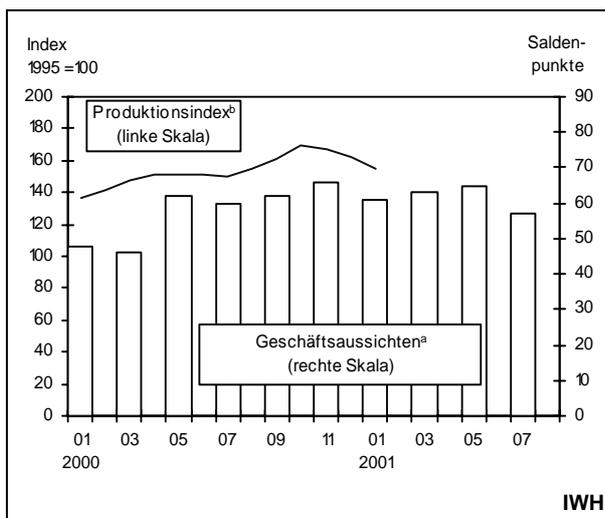
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

holt, und der Nachteil bei den Lohnstückkosten gegenüber westdeutschen Wettbewerbern wurde um drei Prozentpunkte abgebaut. Dass es dennoch nicht zur Aufstockung der Beschäftigung gekommen ist, dürfte an den hohen Produktivitätsreserven der modernen Anlagen und den – trotz kontinuierlichen Abbaus – noch bestehenden Wettbewerbschwächen liegen. Sie finden ihren konzentrierten Ausdruck auf der Kostenseite in dem weiterhin höheren Niveau der Lohnstückkosten im Vergleich zur westdeutschen Industrie. Der Angleichungsstand bei der Produktivität betrug in realer Rechnung zuletzt rund 65%, die Lohnstückkosten lagen noch um knapp 4% über dem Vergleichswert in Westdeutschland. Das Etappenziel, bei den Lohn-

stückkosten mit Westdeutschland gleichzuziehen, befindet sich in Sichtweite.

Gestützt auf die kontinuierlich gestiegene Wettbewerbsfähigkeit besitzt das Verarbeitende Gewerbe in Ostdeutschland gute Voraussetzungen zur Fortsetzung des kräftigen Wachstums. Das konjunkturelle Umfeld trübt sich zwar in diesem Jahr ein, die Wirtschaftsforschungsinstitute gehen in ihrer Wachstumsprognose vom Frühjahr von rund 2% für Deutschland und 2,6% für den Euroraum aus.⁷ Das Abflauen der Auslandsnachfrage wird aber die ostdeutsche Industrie wegen deren überwiegender Orientierung auf die Inlandmärkte weniger treffen als die Industrie in Westdeutschland. Aus demselben Grund profitieren die ostdeutschen Unternehmen stärker als die westdeutschen von den – bislang allerdings schwachen – nachfrageinduzierten Impulsen aus der Senkung der Steuertarife im Rahmen der „Steuerreform 2000“.

Abbildung 3:
Geschäftsaussichten des ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbes



^a Differenz aus den Prozentanteilen der optimistischen und pessimistischen Erwartungen der befragten Unternehmen mit einem Vorlauf von vier Monaten. – ^b Nachrichtlich: Gleitender Drei-Monatsdurchschnitt der Produktionsindizes des Verarbeitenden Gewerbes.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Umfragen und Berechnungen des IWH (letzter Befragungsmonat: März 2001).

Darauf deuten die aktuellen amtlichen Angaben zu den Konjunkturindikatoren (vgl. auch Anhang: Übersicht 1), aber auch die Geschäftserwartungen der vom IWH befragten Unternehmen. So signalisieren der Produktionsindex, die Inlandsumsätze

⁷ Vgl. DIW; HWWA; ifo; IfW; IWH; RWI: Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2001, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 5/2001.

und die Inlandsorder im ersten Quartal dieses Jahres vor allem bei den Ge- und Verbrauchsgüterproduzenten ein kräftiges Produktionswachstum. Laut IWH-Umfragen erwarten die Konsumgüterhersteller in Verbindung mit dem Anstieg der Nettoeinkommen aus den Steuererleichterungen steigende Käufe der privaten Haushalte. Diese Impulse werden aber zeitlich begrenzt wirken. Im späteren Verlauf dieses Jahres werden sie nachlassen. Dann setzt sich allmählich die Tempoverlangsamung bei der Auslandsnachfrage durch. Der derzeit noch kräftige Anstieg des Auslandsumsatzes, bei dem die Exportquote der ostdeutschen Industrie im ersten Vierteljahr 2001 ihr bisher höchstes Niveau von fast 24% des Gesamtumsatzes erreichte, wird abflachen.

Die vorübergehend anziehende Inlandskonjunktur wird – auf das Jahr hochgerechnet – nicht ausreichen, um im laufenden Jahr die erwartete Abschwächung der Nachfrageimpulse vom Ausland vollständig zu kompensieren. Im Jahr 2002 dürften allerdings die exportorientierten Unternehmen vor allem des Vorleistungs- und Investitionsgütergewerbes wieder stärker von den Impulsen aus dem Ausland profitieren. Die industrielle Wertschöpfung wird deshalb in diesem Jahr mit rund 6,5% verhaltener als im Vorjahr zunehmen, im nächsten Jahr wieder etwas stärker.

Baugewerbe: Nachfrageschwäche hält an

Im Baugewerbe sind im Jahr 2000 Produktion und Beschäftigung mit 10 bzw. 8% erneut stark eingebrochen. Auslöser war der kräftige Rückgang der Nachfrage nach neuen Wohnbauten, der inzwischen alle Bausegmente – Mietwohnungen, selbstgenutzte Eigenheime und Bestandsmaßnahmen – erfasst hat. Zugleich verstärkte sich vor dem Hintergrund der noch großen Leerstände bei Gewerbeimmobilien die Kontraktion im Wirtschaftsbau. Für den öffentlichen Bau wurden von den Ländern und Kommunen weniger Mittel als im Jahr davor bereitgestellt, sodass auch hier die Nachfrage sank. Unter dieser Gesamtkonstellation gingen bei sinkender Pro-Kopf-Leistung und steigenden Arbeitskosten erneut Lohnkostenvorteile im Baugewerbe verloren.

Die derzeit verfügbaren amtlichen Frühindikatoren, wie Auftragseingänge und Baugenehmigungen (vgl. Anhang: Übersicht 2), sowie die IWH-Umfragen zur Geschäftsentwicklung signalisieren, dass sich die Talfahrt des Baugewerbes im Prognosezeitraum fortsetzen wird. Insbesondere bleibt die Nachfrage im Hochbau und dabei hauptsächlich im

Tabelle 8:
Produktion, Beschäftigung und Lohnstückkosten
im ostdeutschen Baugewerbe^a

	1998	1999	2000	
	Veränderung gegen- über Vorjahr in %			Niveau ABL = 100
Bruttowertschöpfung ^b	-10,5	-4,3	-9,7	32,1
Beschäftigung	-6,8	-5,0	-8,2	42,8
Produktivität ^c	-3,9	0,8	-1,7	75,1
Arbeitskosten ^d	-0,5	-0,6	0,6	76,0
Lohnstückkosten ^e	3,6	-1,4	2,3	101,2

^a Neue und alte Länder jeweils ohne Berlin. – ^b Bruttowertschöpfung in Preisen von 1995. – ^c Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen in Preisen von 1995. – ^d Nominales Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer (Inland). – ^e Nominales Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer (Inland) in Relation zur realen Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen.

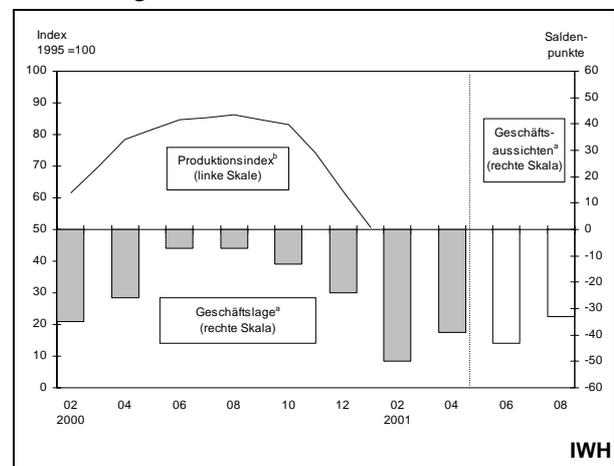
Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (Stand: März 2001);
Berechnungen des IWH.

Wohnungsbau stark rückläufig. Sowohl im Geschoss- als auch im Einfamilienhausbau waren die Schrumpfungsraten – gemessen an der Zahl der erteilten Baugenehmigungen – bis zuletzt zweistellig. Dies ist vor allem unter dem Aspekt der raschen Ausweitung des Wohnungsbestandes in den frühen Aufbaujahren zu sehen, die zu erheblichen Angebotsüberhängen geführt hat. Investoren von neugebauten oder sanierten Wohnungen haben seit längerem Vermietungsprobleme oder müssen sich durch Mietabschläge an die Marktgegebenheiten anpassen. Das drückt die Renditen. Zudem nehmen zukünftig die Anreize für private Investoren im Mietwohnungsbau wegen der geringeren Steuersparnisse laut Steuersenkungsgesetz ab. Eine Tendenzumkehr ist auch nicht vom Eigenheimbau und den Maßnahmen zur Sicherung des Gebäudebestandes zu erwarten. Die Bauleistungen an bestehenden Gebäuden sinken wegen der verminderten Liquiditätsspielräume der Wohnungsunternehmen und privater Vermieter weiterhin. Die Einschnitte im Eigenheimbau nach der gesetzlichen Einschränkung des förderwürdigen Kreises der Haushalte klingen nur allmählich ab. Allerdings dürften sich in der rückläufigen Nachfrage nach Wohneigentum auch die Sättigung des Nachholbedarfs und das geänderte Wohnverhalten in der mobiler werdenden Gesellschaft zeigen. Insgesamt bleibt der Wohnungsbau deshalb stark abwärts gerichtet. Der Rückgang fällt in diesem Jahr mit 10% noch einmal kräftig aus, bei weiterhin niedrigen Kapitalmarktzinsen wird er sich im nächsten Jahr aber mit einer Rate von 3,0% deutlich ab-

schwächen, die Wohnungsbauinvestitionen fallen dann unter das westdeutsche Pro-Kopf-Niveau.

Im *gewerblichen Bau* wird – trotz anhaltender Rückgänge seit 1995 – immer noch ein beachtliches Investitionsniveau erreicht: Je Einwohner gerechnet, waren die investiven bzw. werterhöhenden Baumaßnahmen hier im Jahr 2000 noch um etwa zwei Drittel höher als in Westdeutschland. Der zum Jahresende 2000 nochmals leicht beschleunigte Rückgang der Baugenehmigungen im gewerblichen Bereich deutet darauf hin, dass weiterhin Kapazitätsüberschüsse an Gewerbeimmobilien bestehen, wohl stärker im Dienstleistungssektor als im produzierenden Bereich. So sind nach den Investitionsplänen der vom IWH befragten Industrieunternehmen für 2001 Impulse aus der bauliche Erweiterung zu erwarten. Insbesondere beabsichtigen Investitions- und Gebrauchsgüterproduzenten, die Investitionsausgaben für Bauten nach langjähriger Zurückhaltung zu erhöhen. Auch die Baugenehmigungen für Fabrik- und Werkstattgebäude deuten hier – bei rechnerischem Ausschluss der Saisoneinflüsse – auf eine gewisse Beruhigung im Abwärtstrend hin.

Abbildung 4:
Geschäftslage und Geschäftsaussichten im ostdeutschen Baugewerbe



^a Differenz aus den Prozentanteilen der optimistischen und pessimistischen Urteile der befragten Unternehmen, bei den Geschäftsaussichten mit einem Vorlauf von vier Monaten. – ^b Nachrichtlich: Gleitender Drei-Monatsdurchschnitt der Produktionsindizes des Bauhauptgewerbes.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Umfragen und Berechnungen des IWH (letzter Befragungsmonat: April 2001).

Wegen des geringen Gewichtes der Industrie in der Gesamtwirtschaft geht die Nachfrage nach gewerblichen Bauten im Jahr 2001 allerdings nochmals um 4,5% zurück, nach 6,3% im vergangenen Jahr. Im nächsten Jahr wird bei einem erneut kräf-

tigen Wachstum der ostdeutschen Industrie und des Dienstleistungsgewerbes die Entwicklung im Wirtschaftsbau mit einem Rückgang von 2,5% im Jahresdurchschnitt etwas weniger ungünstig verlaufen. Die Pro-Kopf-Investitionen werden aber immer noch um etwa 50% höher sein als in Westdeutschland.

Tabelle 9:
Reale Bauinvestitionen in Ostdeutschland
- Veränderung gegenüber Vorjahr in %; Preise von 1995 -

Jahr	Bauinvestitionen insgesamt	davon:	
		Wohn- bauten	Gewerbliche und Öffent- liche Bauten
1998	-7,9	-9,1	-6,7
1999	-1,3	-3,2	0,4
2000	-8,1	-10,5	-5,9
2001	-6,5	-10,0	-3,4
2002	-2,5	-3,0	-2,0

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Prognose des IWH.

Die *öffentlichen Bauinvestitionen* werden mit 1,5% in diesem und 1% im nächsten Jahr leicht abnehmen. Maßgeblich hierfür ist die Einschränkung der Finanzierungsspielräume der Gemeinden infolge der Steuerreform. Dies kann durch die bislang bekannten zusätzlichen Infrastrukturmaßnahmen des Bundes nicht ausgeglichen werden. Das Investitionsniveau bleibt trotzdem mehr als doppelt so hoch wie in Westdeutschland.

Tabelle 10:
Bauinvestitionen in Ostdeutschland pro Kopf der Bevölkerung
- in jeweiligen Preisen; Alte Bundesländer = 100 -

Jahr	Bauinvestitionen insgesamt	davon:	
		Wohn- bauten	Gewerbliche und Öffent- liche Bauten
1998	153	121	205
1999	147	115	199
2000	135	103	186
2001	128	95	178
2002	124	92	171

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Prognose des IWH.

Das Baugewerbe in Ostdeutschland verspürt die Nachfrageschwäche wegen der zunehmenden Bedeutung vor allem der Eigenleistungen der privaten Haushalte (einschließlich Nachbarschaftshilfe und

Schwarzarbeit im Wohnungsbau) etwas stärker als es die Investitionsprognose anzeigt. Im Sog des Nachfragefalls sinkt die Bruttowertschöpfung im Baugewerbe um rund 7,5% im laufenden Jahr und um 4,0% im Jahr 2002.

Dienstleistungsbereich: Aufwärtsbewegung bleibt

Im Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr ist die Bruttowertschöpfung im vergangenen Jahr nur um 1,5% gestiegen. Hier hat die kraftlose Binnennachfrage sogar einen Rückgang der Beschäftigung um 1% ausgelöst. Dies schlug sich rechnerisch infolge des – gegenüber den Pro-Kopf-Arbeitsentgelten – stärkeren Produktivitätswachstums in einer Verringerung der Lohnstückkosten nieder. Gemessen am westdeutschen Vergleichswert lagen sie allerdings immer noch auf dem extrem ungünstigen Niveau von 1995.

Der Aufwärtstrend wird in diesem Jahr deutlichere Konturen zeigen, da Impulse aus der „Steuerreform 2000“ auf die Konsumgüterkäufe der privaten Haushalte zu erwarten sind. Dies wird nicht nur den Produzenten von Konsumgütern, sondern auch dem Handel und Gastgewerbe zugute kommen.

Tabelle 11:
Produktion, Beschäftigung und Lohnstückkosten im Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr^a

	1998	1999	2000	
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %		Niveau ABL = 100	
Bruttowertschöpfung ^b	3,6	2,7	1,5	11,7
Beschäftigung	1,4	1,6	-1,0	17,5
Produktivität ^c	2,2	1,0	2,6	66,9
Arbeitskosten ^d	-0,1	1,7	1,0	77,4
Lohnstückkosten ^e	-2,2	0,7	-1,6	115,8

^a Neue und alte Länder jeweils ohne Berlin. – ^b Bruttowertschöpfung in Preisen von 1995. – ^c Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen in Preisen von 1995. – ^d Nominales Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer (Inland). – ^e Nominales Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer (Inland) in Relation zur realen Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen.

Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (Stand: März 2001); Berechnungen des IWH.

Der Wirtschaftsbereich „Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen“ profitierte wegen seiner Binnenorientierung weniger als das Verarbeitende Gewerbe vom kräftigen exportgetriebenen Aufschwung in Deutschland im vergangenen Jahr. Er expandierte mit 5% in ähnlich hohem Maße wie 1999. Da der Personalaufbau deutlich schwächer als das Produktionswachstum

ausfiel, konnte die Produktivitätslücke gegenüber den alten Ländern hier um drei Prozentpunkte verkleinert werden. Der Rückstand gegenüber Westdeutschland betrug damit im vergangenen Jahr immer noch 30%. Die Lohnkostenbelastung der Wertschöpfung verminderte sich gegenüber dem westdeutschen Durchschnitt um 4 Prozentpunkte und überschreitet diesen nur noch um rund ein Zehntel.

Tabelle 12:

Produktion, Beschäftigung und Lohnstückkosten im Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister^a

	1998	1999	2000	
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %		Niveau ABL = 100	
Bruttowertschöpfung ^b	7,2	5,0	5,0	10,5
Beschäftigung	6,5	5,2	2,3	15,0
Produktivität ^c	0,7	-0,2	2,6	69,9
Arbeitskosten ^d	1,6	0,1	0,8	77,8
Lohnstückkosten ^e	0,9	0,3	-1,7	111,3

^a Neue und alte Länder jeweils ohne Berlin. – ^b Bruttowertschöpfung in Preisen von 1995. – ^c Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen in Preisen von 1995. – ^d Nominales Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer (Inland). – ^e Nominales Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer (Inland) in Relation zur realen Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen.

Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (Stand: März 2001); Berechnungen des IWH.

Die konsumnahen Dienstleister in diesem Wirtschaftsbereich wie auch die Privaten aus dem Bereich öffentliche und private Dienstleister werden von der Kräftigung der Binnennachfrage in Deutschland profitieren. Allerdings wird die Gesamtentwicklung weiterhin durch die Kontraktion in den Vorleistungsbereichen der Bauwirtschaft und in der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft gedämpft.

Die Wertschöpfung der öffentlichen und privaten Dienstleister wird insgesamt nur moderat zunehmen. Einem weiteren – wenn auch abgeschwächten – Rückgang im öffentlichen Sektor wird ein geringer Zuwachs bei den privaten Dienstleistern gegenüberstehen.

Gesamtwirtschaftlicher Ausblick 2001 und 2002

Alles in allem zeichnen neben dem Verarbeitenden Gewerbe vor allem die unternehmerischen Dienstleister dafür verantwortlich, dass sich die Wettbewerbsfähigkeit der ostdeutschen Unternehmen von der Kostenseite – nach zwei Jahren ohne Fortschritte – nun wieder dem westdeutschen Ni-

veau etwas angenähert hat. Einschließlich der öffentlichen Wirtschaft stieg die Produktivität um 3,3%, allerdings fast zur Hälfte durch Beschäftigungsabbau. Die Lohnstückkosten gingen in Ostdeutschland um rund zwei Prozentpunkte zurück. Sie übertreffen den westdeutschen Vergleichswert aber immer noch um 11,7%.

Tabelle 13:

Produktion, Beschäftigung und Lohnstückkosten in Ostdeutschland^a

	1998	1999	2000	
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %		Niveau ABL = 100	
Bruttowertschöpfung ^b	1,4	1,6	1,7	13,0
Beschäftigung	0,2	0,4	-1,5	18,9
Produktivität ^c	1,2	1,2	3,3	69,0
Arbeitskosten ^d	1,2	2,0	1,2	77,0
Lohnstückkosten ^e	0,0	0,8	-2,1	111,7

^a Neue und alte Länder jeweils ohne Berlin. – ^b Bruttowertschöpfung in Preisen von 1995. – ^c Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen in Preisen von 1995. – ^d Nominales Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer (Inland). – ^e Nominales Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer (Inland) in Relation zur realen Bruttowertschöpfung (in Preisen von 1995) je Erwerbstätigen.

Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (Stand: März 2001); Berechnungen des IWH.

Tabelle 14:

Reale Bruttowertschöpfung in Ostdeutschland^a

- Veränderung gegenüber Vorjahr in %; Preise von 1995 -

	2000	2001	2002
Produzierendes Gewerbe	0,2	0,7	2,6
darunter:			
Verarbeitendes Gewerbe	8,3	6,5	7,0
Baugewerbe	-9,7	-7,5	-4,0
Handel, Gastgewerbe, Verkehr	1,5	1,8	1,5
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	5,0	5,5	5,0
Öffentliche und private Dienstleister	0,8	0,5	0,4
Bruttowertschöpfung insgesamt	1,7	2,0	2,4
darunter:			
Unternehmen	2,1	2,5	3,1
Unternehmen ohne Bau	4,5	4,3	4,2
Bruttoinlandsprodukt	1,1	1,5	2,0

^a Ohne Berlin.

Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (Stand: März 2001); Prognose des IWH.

Im Gefolge der Steuerreform wird die Inlandsnachfrage in Deutschland in diesem Jahr angeregt. Davon profitiert die stark binnenwirtschaftlich

Kasten 1:

Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung

Das Bruttoinlandsprodukt misst die gesamtwirtschaftliche Leistung einer Region zu Marktpreisen, die Bruttowertschöpfung erfasst sie laut dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen von 1995 zu Herstellungspreisen. Zwischen beiden Messgrößen liegt der Saldo aus Gütersteuern und Gütersubventionen sowie die unterstellte Bankgebühr. Die Rechenvorschrift lautet:

$$\begin{aligned} & \text{Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche} \\ & \text{./. Unterstellte Bankgebühr} \\ & + \text{Saldo aus Gütersteuern und Gütersubventionen} \\ & = \text{Bruttoinlandsprodukt} \end{aligned}$$

Von diesen Zwischengrößen überwiegt das Ausmaß des Saldos zwischen Gütersteuern und -subventionen. In den letzten drei Jahren machte der Saldo rund 10% des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland wie auch in den einzelnen Ländern und Regionen aus. Während er sich im vergangenen Jahr vor allem wegen der schwachen Binnenkonjunktur nominal noch moderat erhöht hat, ist er in realer Rechnung gesunken. Dies hat für das Jahr 2000 zu einer ungewöhnlich hohen Abweichung zwischen den Wachstumsraten der Bruttowertschöpfung und des Bruttoinlandsprodukts geführt. Sie wurde noch dadurch gemildert, weil die unterstellte Bankgebühr langsamer als in den Jahren davor gestiegen ist.

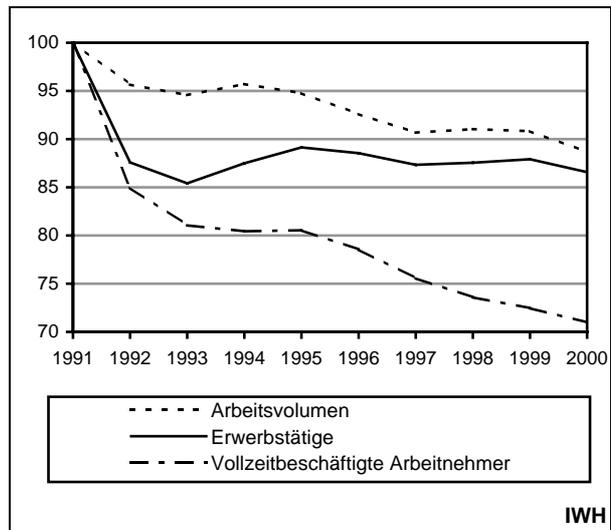
ausgelegte ostdeutsche Wirtschaft in besonderem Maße. Außerdem lässt die Dämpfung der gesamtwirtschaftlichen Produktion durch die Korrekturprozesse im Baugewerbe etwas nach. Das Wachstum der Bruttowertschöpfung in den Unternehmen legt deshalb zu, ohne das Baugewerbe bleibt es fast so kräftig wie im Vorjahr. Das Produzierende Gewerbe, in dem die gegenläufige Entwicklung zwischen Aufbauprozess und Sonderentwicklung besonders ausgeprägt ist, erhöht seinen Wachstumsbeitrag etwas. Im nächsten Jahr lassen die Impulse für die Inlandsnachfrage wieder nach. Die Auslandsnachfrage erholt sich allmählich und der Rückgang der Produktion im Baugewerbe schwächt sich weiter ab. Die Bruttowertschöpfung im Unternehmenssektor steigt dann nochmals

leicht. Für das Bruttoinlandsprodukt bedeutet dies bei fortgesetztem Personalabbau im öffentlichen Dienst eine Beschleunigung des Wachstums auf 1,5% in diesem und 2% im nächsten Jahr.

Keine Trendwende am Arbeitsmarkt

Die Lage auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt ist unverändert angespannt. Die Zahl der Erwerbstätigen in den ostdeutschen Flächenländern nahm

Abbildung 5:
Erwerbstätigkeit und Arbeitsvolumen von 1991 bis 2000 in Ostdeutschland
- 1991 = 100 -



Quellen: Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (Stand: März 2001); Autorenkollektiv: Der Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 2000 und 2001. in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 1/2001, S. 24.

Tabelle 15:
Entwicklung der Erwerbstätigkeit nach Wirtschaftsbereichen in Ostdeutschland^a
- Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in % -

	2000	2001	2002
Produzierendes Gewerbe	-4,3	-2,8	-0,8
darunter:			
Verarbeitendes Gewerbe	-0,1	0,6	1,0
Baugewerbe	-8,2	-8,2	-4,9
Handel, Gastgewerbe, Verkehr	-1,0	-0,3	-0,3
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	2,3	4,0	3,7
Öffentliche und private Dienstleister	-0,4	-0,2	-0,2
Erwerbstätigkeit insgesamt	-1,5	-0,5	0,2

^a Ohne Berlin.

Quellen: Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (Stand: März 2001); Berechnungen des IWH.

Tabelle 16:
Eckdaten zum Arbeitsmarkt in Ostdeutschland (ohne Berlin)
- Inländerkonzept -

	1998	1999	2000	2001	2002
	<i>in 1 000 Personen</i>				
Erwerbsfähige ^a	9 803	9 785	9 758	9 749	9 744
Erwerbstätige in Ostdeutschland (Inland)	5 940	5 965	5 874	5 844	5 855
Erwerbstätige in Ostdeutschland im ersten Arbeitsmarkt	5 642	5 635	5 644	5 644	5 645
<i>Auspendler</i>	410	435	435	435	438
<i>Einpendler</i>	128	130	134	138	135
Erwerbstätige aus Ostdeutschland (Inländer)	6 222	6 270	6 175	6 141	6 158
Erwerbstätige aus Ostdeutschland im ersten Arbeitsmarkt	5 924	5 940	5 945	5 941	5 948
Unterbeschäftigung ^b	1 839	1 826	1 739	1 708	1 706
<i>Arbeitslose</i>	1 256	1 227	1 244	1 240	1 210
<i>Arbeitslose nach §§ 125, 126 SGB III</i>	35	33	35	35	35
<i>Ausfall durch Kurzarbeit in Vollzeitäquivalenten</i>	17	12	12	9	9
<i>Teilnehmer an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen^c</i>	298	330	230	200	210
<i>Teilnehmer an Beruflicher Weiterbildung in Vollzeitäquivalenten</i>	133	129	129	135	150
<i>Teilnehmer an Deutsch-Lehrgängen</i>	6	6	6	6	6
<i>Vorruheständler^d</i>	94	89	78	76	76
<i>Ausfall durch Altersteilzeit in Vollzeitäquivalenten</i>			5	7	10
Bezieher von Erziehungsgeld mit vorangehender Erwerbstätigkeit	46	47	48	50	50
Erwerbspersonenpotential ^e ohne Stille Reserve	7 792	7 801	7 715	7 683	7 685
<i>in %</i>					
Erwerbsbeteiligungsquote ^f	79,5	79,7	79,1	78,8	78,9
Erwerbstätigenquote im ersten Arbeitsmarkt ^g	60,4	60,7	60,9	60,9	61,0
Erwerbstätigenquote insgesamt ^h	63,5	64,1	63,3	63,0	63,2
Unterbeschäftigungsquote ⁱ	23,6	23,4	22,5	22,2	22,2
Arbeitslosenanteil an der Unterbeschäftigung	70,2	69,0	73,5	74,6	73,0
Arbeitslosenquote ^k	17,2	16,8	17,2	17,2	16,8

^a Wohnbevölkerung im Alter von 15 bis 65 Jahren. – ^b Summe aus den nachstehenden Kursivwerten. – ^c Einschließlich Strukturanpassungsmaßnahmen. – ^d Einschließlich der Arbeitslosen nach § 428 SGB III. – ^e Da Kurzarbeiter sowie Personen in Altersteilzeit bereits in der Zahl der Erwerbstätigen enthalten sind, wurde der Arbeitsausfall durch Kurzarbeit sowie Altersteilzeit in Vollzeitäquivalenten vom Erwerbspersonenpotential subtrahiert, um eine Doppelzählung zu vermeiden. – ^f Erwerbspersonenpotential ohne Stille Reserve in Relation zu den Erwerbsfähigen. – ^g Erwerbstätige im ersten Arbeitsmarkt in Relation zu den Erwerbsfähigen. – ^h Erwerbstätige im ersten und im zweiten Arbeitsmarkt in Relation zu den Erwerbsfähigen. – ⁱ Anteil der Unterbeschäftigung am Erwerbspersonenpotential ohne Stille Reserve. – ^k Anteil der Arbeitslosen an der Gesamtheit von erwerbstätigen Inländern im ersten Arbeitsmarkt (ohne Kurzarbeit in Vollzeitäquivalenten), Arbeitslosen und Personen in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen.

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit; Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (Stand: März 2001); Berechnungen des IWH; 2001 und 2002: Prognose des IWH.

im Jahr 2000 um etwa 90 000 Personen gegenüber dem Vorjahr ab. Das ist in erster Linie Ausdruck für die drastische Rückführung der Beschäftigung schaffenden Maßnahmen. So wurden mit der Einführung der Zielgruppenbindung zu Beginn des Vorjahres die Möglichkeiten zur Inanspruchnahme

von Lohnkostenzuschüssen stark eingeschränkt. Insgesamt nahm damit die Zahl der Erwerbstätigen in Beschäftigungsprogrammen um 100 000 Personen ab. Auf dem ersten Arbeitsmarkt nahm die Erwerbstätigkeit dagegen um 9 000 Beschäftigungsverhältnisse zu. Der größte Impuls kam da-

Zum „infrastrukturellen Nachholbedarf“ der neuen Länder

Im März 2000 haben fünf von den ostdeutschen Ministerpräsidenten beauftragte Wirtschaftsforschungsinstitute^a Schätzungen über die Infrastrukturlücke Ostdeutschlands gegenüber Westdeutschland vorgelegt. Diese Schätzungen – die sich in einer Größenordnung von rund 300 Mrd. DM (in jeweiligen Preisen) bewegten – dienen den ostdeutschen Ländern seither als Argumentationshilfe in den laufenden Verhandlungen um eine Verlängerung des Solidarpaktes. Dabei geht es im Wesentlichen darum, in welcher Höhe die zunächst nur bis zum Jahre 2004 festgelegten Zahlungen des Bundes an die ostdeutschen Länder (Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen und Finanzhilfen nach IfG-Aufbau-Ost) weitergeführt werden sollen.

Kürzlich hat das DIW^b eine aktualisierte Schätzung des infrastrukturellen Nachholbedarfs in den neuen Ländern vorgelegt, in der die Infrastrukturlücke auf nur noch 157 Mrd. DM beziffert wird. Der erhebliche quantitative Unterschied zu den früheren Angaben des DIW (280 Mrd. DM) wirft die Frage auf, welche Schätzung als realistischer anzusehen ist.

Tatsächlich hat das DIW keine neuen Berechnungen vorgelegt; vielmehr beruht der Unterschied zum einen auf einer verbesserten Datengrundlage, zum anderen auf eine gegenüber der früheren Publikation veränderten Abgrenzung der ausgleichsrelevanten Infrastrukturbereiche. Im Einzelnen liegen folgende Unterschiede vor:

1. Einbeziehung der nach kaufmännischen Kriterien buchenden kommunalen Unternehmen insbesondere im Bereich Ver- und Entsorgung und Verkehr in die Berechnungen. In den ersten Berechnungen waren diese Unternehmen aufgrund fehlender statistischer Informationen nicht vollständig enthalten. Da diese Unternehmen in Ostdeutschland vergleichsweise stark vertreten sind, reduziert sich die ausgewiesene Infrastrukturlücke der neuen Länder.
2. Ausgliederung von Wohnungswesen und Seehäfen in den neueren Berechnungen. Im Fall des Wohnungswesens ist dies dadurch begründet, dass dieser Sektor in der amtlichen Statistik als eigenständiger Sektor behandelt wird, im Fall der Seehäfen – die nur beim Vergleich der Stadtstaaten relevant sind – ist offenkundig, dass Berlin hierfür keine zusätzlichen Mittel beanspruchen kann.
3. Berücksichtigung auch derjenigen Bereiche, in denen Ostdeutschland einen Ausstattungsvorsprung besitzt. In der ersten Rechnung wurde nur diejenigen Infrastrukturkomplexe einbezogen, in denen ein Ausstattungsdefizit besteht.
4. Bemessung des infrastrukturellen Nachholbedarfs an den finanzschwachen (anstelle aller) westdeutschen Flächenländer.

(1) und (2) führen zusammengenommen dazu, dass der Nachholbedarf um 48 Mrd. DM niedriger ausgewiesen wird; (3) führt zu einer um 44 Mrd. DM, (4) zu einer um 41 Mrd. DM geringeren Bedarfsschätzung.

Während die vom DIW unter (1) und (2) vorgenommenen Anpassungen zum Teil als richtig angesehen werden können, gilt dies für (3) und (4) nicht. Es scheint daher angemessen, auch künftig von einer Infrastrukturlücke in den neuen Ländern in einer Größenordnung von knapp 250 Mrd. DM auszugehen. Angesichts der Unsicherheiten, mit denen derartige Schätzungen ohnehin verbunden sind, ändert sich damit an der Feststellung eines auch weiterhin hohen Finanzbedarfs der ostdeutschen Länder und Gemeinden nichts.

^a Vgl. DIW; ifo; IWH; RWI; IFLS: Solidarpakt II – Infrastrukturelle Nachholbedarfe Ostdeutschlands, gemeinsame Zusammenfassung. Essen, <http://www.rwi-essen.de/presse/fg/finanzen/soli-2.pdf>.

^b Vgl. DIW: Zum infrastrukturellen Nachholbedarf in Ostdeutschland, DIW-Wochenbericht 20/01. Berlin.

bei von den unternehmerischen Dienstleistern mit einer Aufstockung des Bestandes um 15 000 Personen. Im Baugewerbe ging der Personalbestand kräftig, im Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr sowie im öffentlichen Dienst etwas zurück. Allerdings verdeckt der Blick auf die Kopffzahlen die Veränderung der dahinter liegenden Arbeitszeitstrukturen. Einem beachtlichen Rückgang der Vollzeitverhältnisse steht eine starke Zunahme von Teilzeitbeschäftigung und geringfügiger Beschäftigung gegenüber.

Diese Entwicklungen setzen sich im Großen und Ganzen im Verlauf des Jahres 2001 fort. Im Verarbeitenden Gewerbe wird allerdings mit einer Tendenzumkehr zum Beschäftigungsaufbau gerechnet, nachdem sie in den Betrieben von Unternehmen mit mindestens 20 Beschäftigten bereits stattgefunden hat. Insgesamt nimmt die Zahl der Erwerbstätigen in diesem Jahr nochmals um 30 000 Personen gegenüber dem Vorjahr ab. Dabei verbleibt die Zahl der Erwerbstätigen im ersten Arbeitsmarkt nahezu unverändert auf dem Niveau vom Vorjahr. Hingegen liegt die Zahl der in Arbeitsbeschaffungs- und Struktur Anpassungsmaßnahmen geförderten Personen um 30 000 deutlich unter Vorjahresstand. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen wird – trotz des Rückgangs der Erwerbstätigkeit – in diesem Jahr um etwa 4 000 Personen abnehmen. Dies ist durch die weitere Schrumpfung des Erwerbspersonenpotentials bedingt.

Im kommenden Jahr wird die Erwerbstätigkeit nicht mehr zurückgehen. Zwar sinkt die Beschäftigtenzahl im Bereich der Unternehmen per saldo noch etwas, aber es ist wohl auch mit einer gewissen Ausweitung des zweiten Arbeitsmarktes zu rechnen. Die registrierte Arbeitslosigkeit wird sich im kommenden Jahr stärker zurückbilden als die Erwerbstätigkeit zunimmt. Maßgeblich dafür ist der weitere Rückgang des Erwerbspersonenpotentials. Insgesamt wird sich auch im Prognosezeitraum die Lage am Arbeitsmarkt nicht verbessern.

Fazit

Der Aufbauprozess in Ostdeutschland ist günstiger verlaufen als es die gesamtwirtschaftlichen Produktionsangaben vermuten lassen. Bei Vernachlässigung der Sonderentwicklungen im Baugewerbe haben die Unternehmen Anschluss an das Wachstum in Westdeutschland gehalten. Die Transfers zur Unterstützung der Wirtschaft sind also nicht verpufft. Um das Wachstum zu verstetigen, darf der Staat allerdings in seinen Anstren-

gungen nicht nachlassen, die bestehenden Lücken in der Infrastruktur weiter zu schließen. Die Kosten- und Beschäftigungssituation wird sich damit zwar nicht sprunghaft verbessern, aber die Attraktivität des Produktions- und Dienstleistungsstandorts Ostdeutschland kann damit weiter angehoben werden. Das wird sich günstig auf die Entscheidung privater Investoren auswirken.

Das Wachstum im Bereich der Unternehmen hat auch deshalb mit Westdeutschland Schritt gehalten, weil die Produzenten ihre Wettbewerbsfähigkeit kostenseitig verbessert haben und dabei die Lohnsteigerungen hinter dem Produktivitätsanstieg zurückgeblieben sind. Der Lohnvorlauf gegenüber der Produktivität wurde verringert und dieser Kurs sollte beibehalten werden, auch wenn von dem vergleichsweise hohen, aber vorübergehenden Preisanstieg in diesem Jahr Druck auf die Löhne ausgeht. Noch ist der Kern wettbewerbsfähiger Unternehmen zu klein und nicht fest genug, um Entwarnung geben zu können. Ostdeutschland ist zwar kein Niedriglohngbiet, aber auch geringere Arbeitskosten als zum Beispiel im Hochlohngebiet Westdeutschland werden im Kalkül privater Investoren eine positive Rolle spielen. Allerdings sind je nach Leistungsstärke der Unternehmen Differenzierungen angebracht, um den Einsatz eines qualifizierten und hochmotivierten Personals zu sichern.

*Hans-Ulrich Brautzsch (brt@iwh-halle.de),
Brigitte Loose (blo@iwh-halle.de),
Udo Ludwig (ldw@iwh-halle.de)*

Anhang

Tabelle A1:

Reale Bruttowertschöpfung und Erwerbstätige in Ostdeutschland (ohne Berlin) nach Wirtschaftsbereichen von 1991 bis 2000

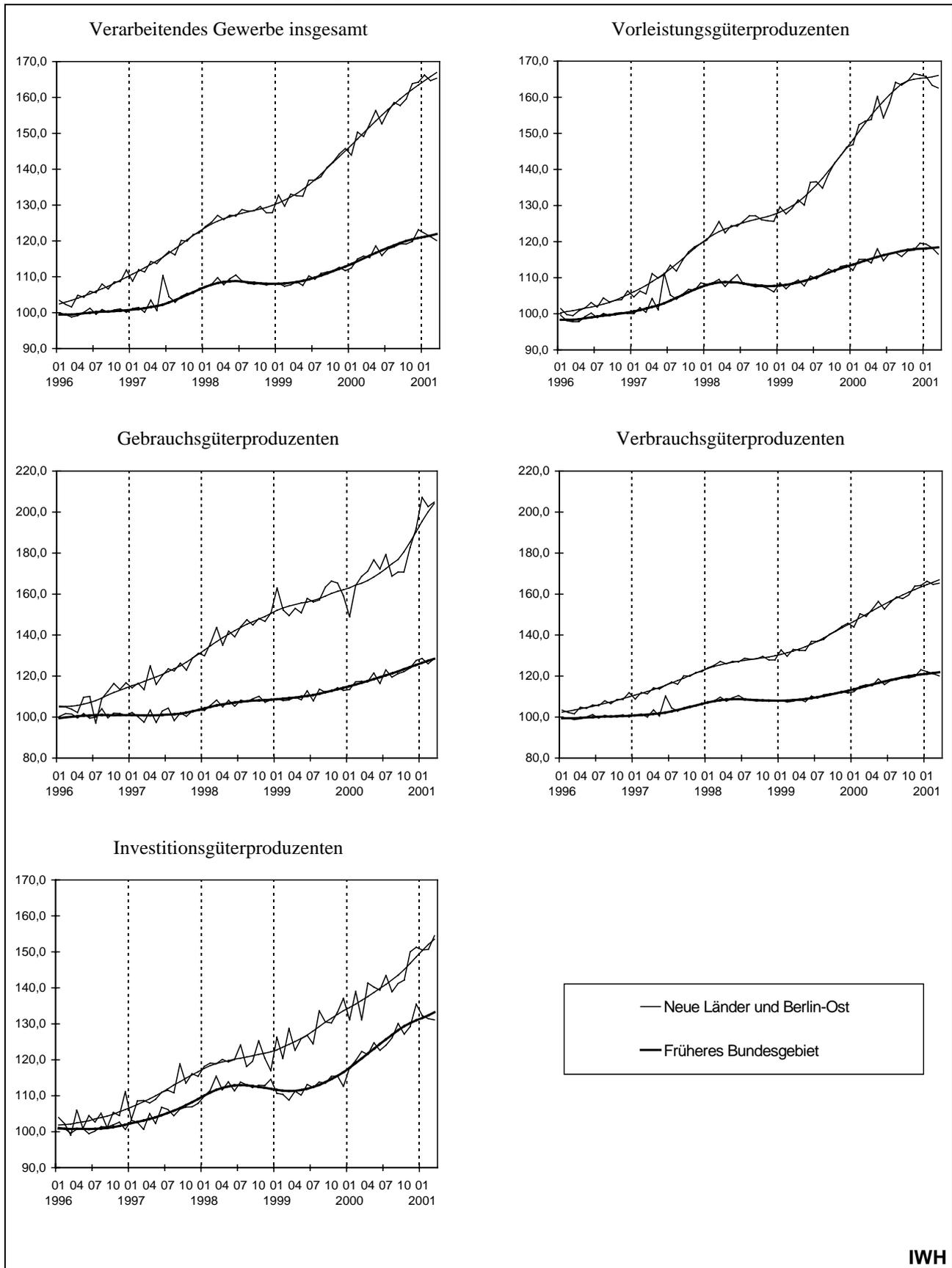
	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
Bruttowertschöpfung	<i>in Mrd. DM (Preise von 1995)</i>									
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	7,9	6,3	8,6	7,5	8,5	8,8	9,4	10,4	10,7	10,7
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	43,8	41,2	47,3	53,1	56,5	61,7	64,0	66,5	68,3	73,4
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	5,8	4,4	4,8	4,0	3,4	3,1	2,5	2,5	.	.
Verarbeitendes Gewerbe	26,6	26,9	32,2	38,9	42,2	45,4	49,6	52,4	54,1	58,6
Energie- und Wasserversorgung	11,3	9,9	10,2	10,1	10,9	13,2	11,9	11,7	.	.
Baugewerbe	32,1	42,2	49,4	60,5	62,1	61,2	58,8	52,7	50,4	45,5
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	39,9	46,6	52,7	58,4	59,8	61,0	61,4	63,6	65,3	66,3
Handel; Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern; Gastgewerbe	26,7	33,5	36,3	39,7	40,3	41,1	40,2	41,0	.	.
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	13,2	13,1	16,3	18,7	19,5	19,9	21,2	22,7	.	.
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	46,4	51,0	59,7	67,8	75,2	81,2	87,0	93,3	97,9	102,8
Kredit- und Versicherungsgewerbe	9,3	7,6	8,5	9,3	10,4	11,2	12,5	13,1	.	.
Grundstückswesen, Vermietung, Unternehmensdienstleister	37,1	43,4	51,1	58,5	64,8	70,0	74,5	80,1	.	.
Öffentliche und private Dienstleister	86,8	94,0	97,6	103,5	105,9	107,3	106,9	106,6	106,7	107,6
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialvers.	26,5	32,1	32,5	33,3	33,9	34,4	34,7	35,0	.	.
Erziehung und Unterricht; Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen; sonstige öffentliche und private Dienstleister; Häusliche Dienste	60,3	61,9	65,1	70,2	72,0	72,9	72,1	71,6	.	.
Bruttowertschöpfung insgesamt	256,8	281,4	315,3	350,8	367,9	381,1	387,5	393,0	399,4	406,3
Erwerbstätige	<i>in 1 000 Personen</i>									
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	495	307	252	242	240	226	224	225	220	213
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	1 990	1 310	1 119	1 052	1 021	983	964	968	952	944
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	132	86	60	45	40	31	25	22	.	.
Verarbeitendes Gewerbe	1 751	1 133	973	925	905	880	870	880	870	869
Energie- und Wasserversorgung	108	91	85	82	77	72	68	66	.	.
Baugewerbe	696	783	883	991	1 049	1 019	971	905	859	789
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	1 393	1 294	1 306	1 335	1 356	1 364	1 366	1 385	1 407	1 393
Handel; Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern; Gastgewerbe	931	878	891	945	978	1 000	1 021	1 046	.	.
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	462	416	415	390	379	365	345	339	.	.
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	405	446	481	527	559	583	604	643	677	693
Kredit- und Versicherungsgewerbe	101	111	116	119	120	119	121	123	.	.
Grundstückswesen, Vermietung, Unternehmensdienstleister	304	335	365	407	439	464	484	521	.	.
Öffentliche und private Dienstleister	1 806	1 803	1 755	1 789	1 823	1 831	1 797	1 813	1 849	1 841
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialvers.	553	564	540	534	529	533	515	515	.	.
Erziehung und Unterricht; Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen; sonstige öffentliche und private Dienstleister; Häusliche Dienste	1 253	1 239	1 214	1 255	1 294	1 298	1 281	1 298	.	.
Erwerbstätige insgesamt	6 785	5 943	5 795	5 936	6 048	6 008	5 926	5 940	5 965	5 874

Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder und „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (Stand: März 2001).

Übersicht 1 (Industrie):

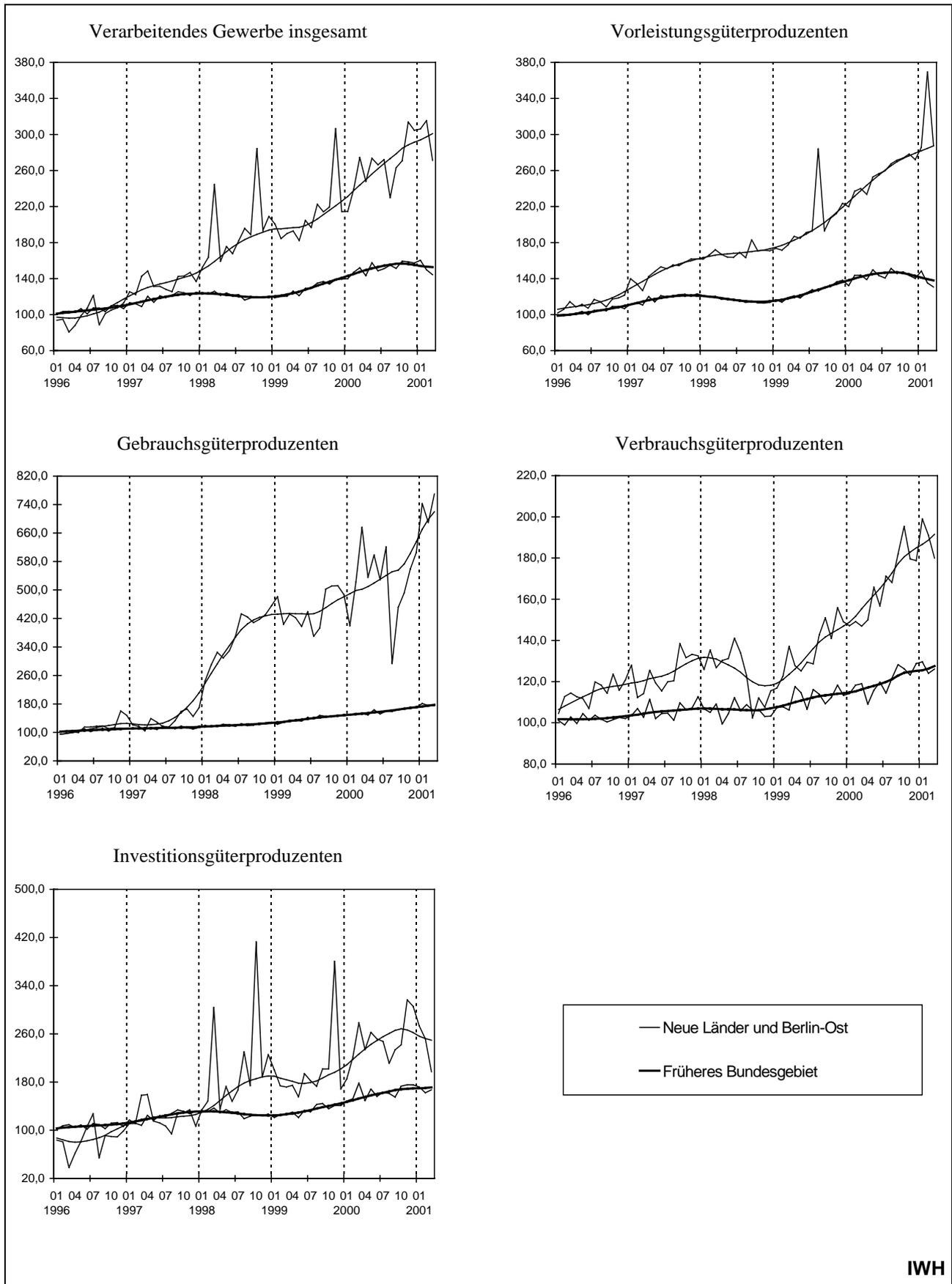
Produktionsindex im Verarbeitenden Gewerbe Ost- und Westdeutschlands

- 1995 = 100; kalender- und saisonbereinigte Werte und Trend (glatte Komponente) -



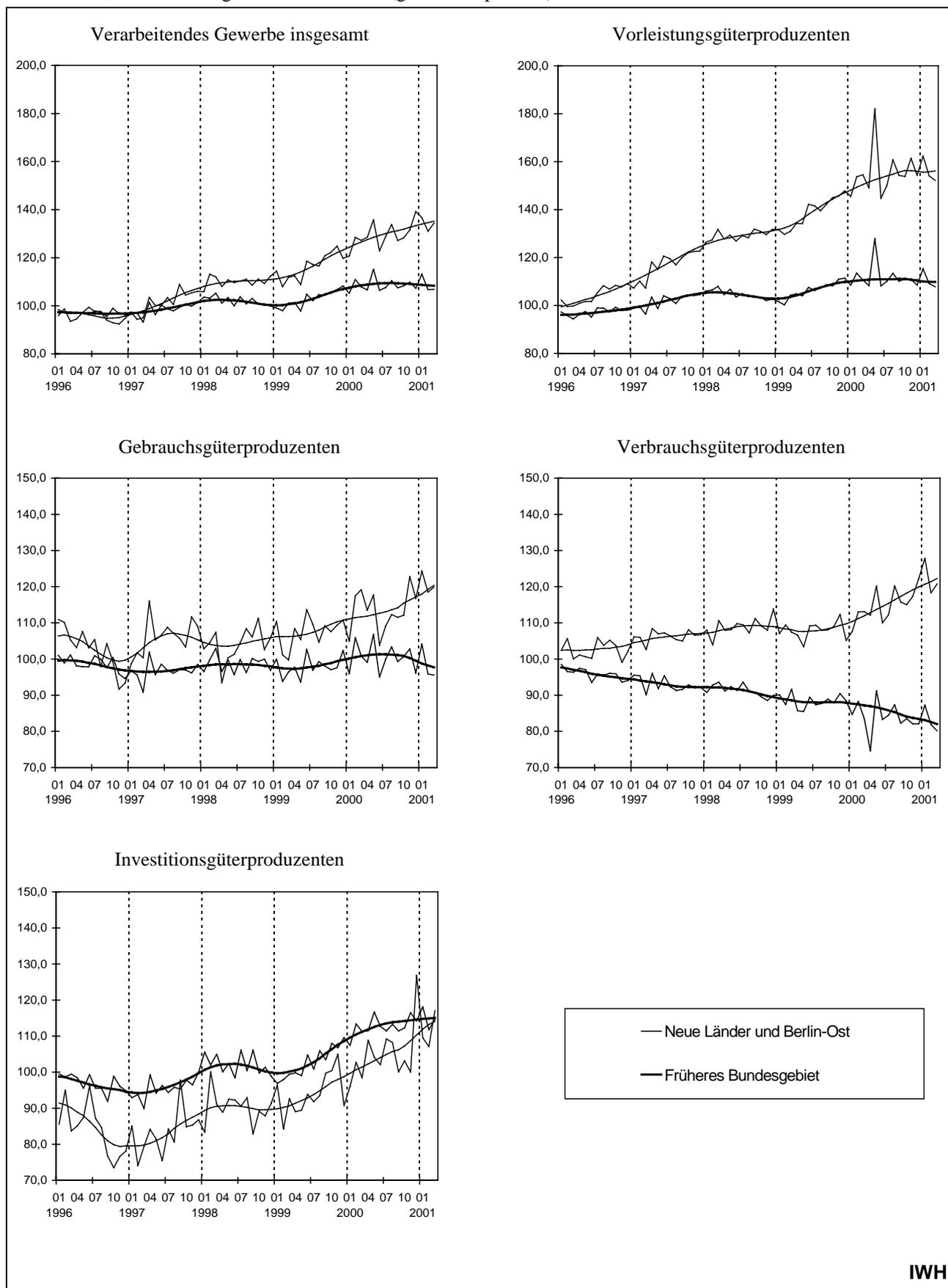
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Index des Auftragseingangs aus dem Ausland im Verarbeitenden Gewerbe Ost- und Westdeutschlands
 - 1995 = 100; saisonbereinigte Werte und Trend (glatte Komponente) -



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

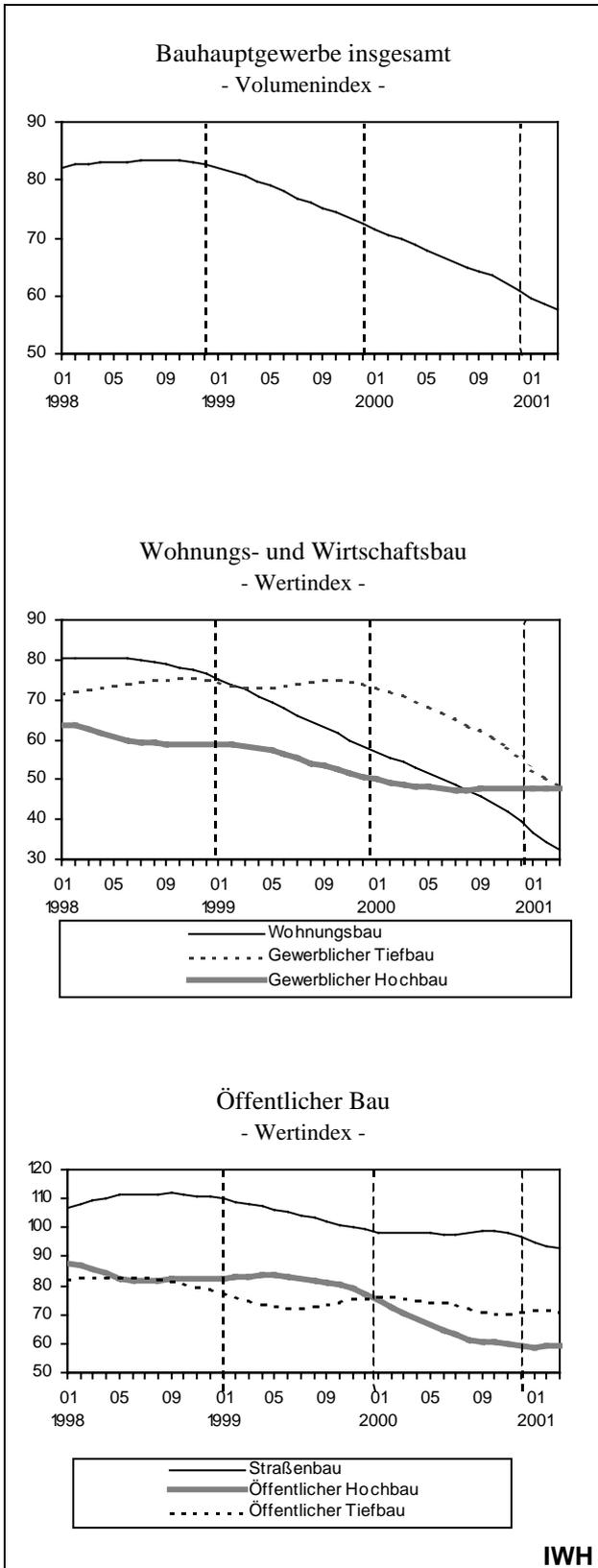
Index des Auftragseingangs aus dem Inland im Verarbeitenden Gewerbe Ost- und Westdeutschlands
 - 1995 = 100; saisonbereinigte Werte und Trend (glatte Komponente) -



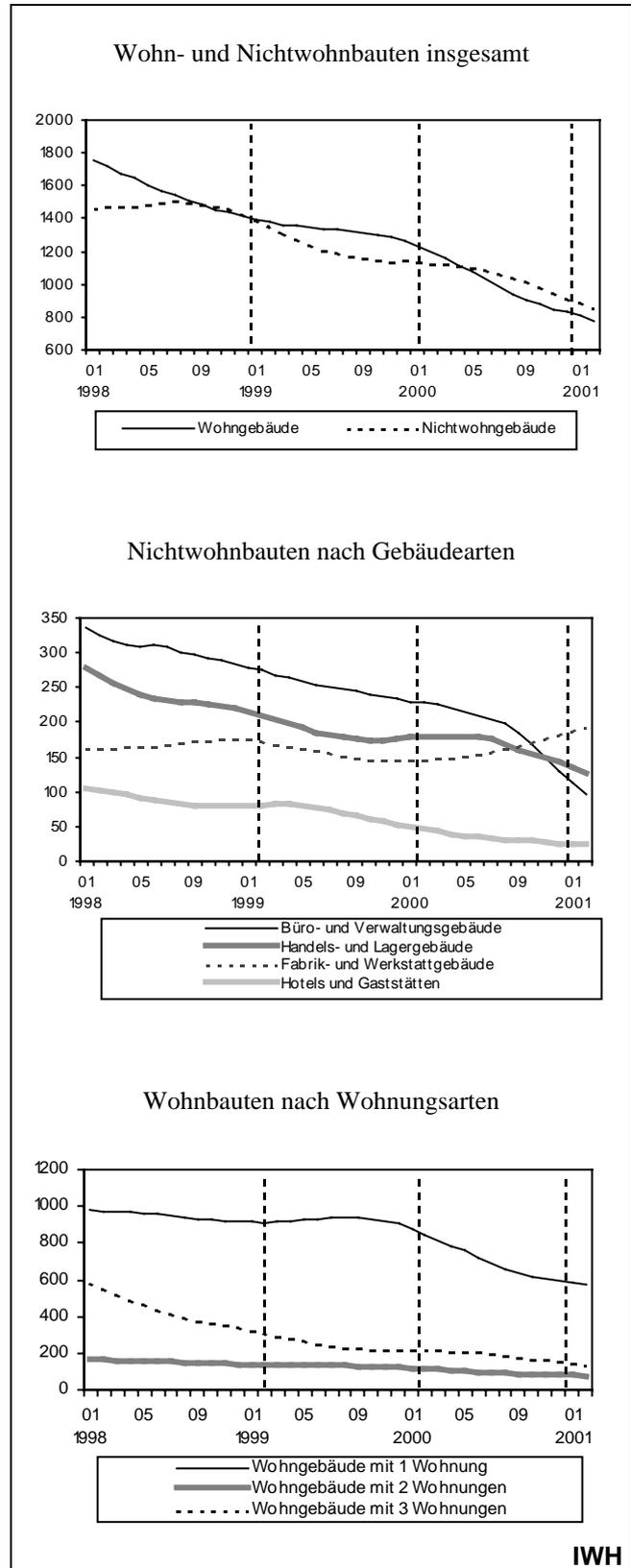
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Übersicht 2 (Baugewerbe)

Index des Auftragseingangs im ostdeutschen Bauhauptgewerbe (bis März 2001)
 - 1995 = 100; Trend (glatte Komponente) -



Baugenehmigungen in Ostdeutschland (bis Febr. 2001)
 - Veranschlagte Kosten des Bauwerks in Mio. DM;
 Trend (glatte Komponente) -



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.